

Beilage zu Nummer 148 der Volksstimme.

Montag den 28. Juni 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 28. Juni 1915.

Kriegstagung des Nassauischen Städtetages.

Im Sitzungssaal der Frankfurter Stadtkonferenz-Veranstaltung hielt der Nassauische Städtetag am Samstag eine kurze Kriegstagung ab. Der eigentliche Städtetag beider Regierungsbezirke sollte eigentlich in Marburg stattfinden; mit Rücksicht auf den Krieg ist aber von der Abhaltung dieses Städtetages abgesehen worden. Von einer größeren Anzahl Mitgliederstädte war aber der Wunsch geäußert worden, eine einfache, auf einen Tag beschränkte Versammlung abzuhalten, ohne Teilnahme von Staatsbedeuten und Gästen. Zu dieser Mitgliederversammlung hatten sich circa 70 Delegierte aus allen Städten des Regierungsbezirks Wiesbaden zusammengefunden, und es kann ruhig gesagt werden, daß diese inoffizielle Tagung fruchtbringender war, wie manche vorausgesetzte Versammlung des Städtetages. Denn in der Hauptsache wurden Fragen des Krieges erörtert. Der Vorsitz führte Oberbürgermeister Voigt (Frankfurt), der in seiner Ansprache darauf hinwies, wie der Krieg in das städtische Verwaltungswesen eingreift und dieses zum Teil vollständig umgestaltet. Die dabei notwendigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen machten eine Besprechung notwendig. Beidseitig konnten nicht gefast werden; es handelte sich mehr um Austausch der Meinungen und Erfahrungen und um Hebung von Wünschen.

Zunächst wurden einige geschäftliche Mitteilungen und die Rechnungsablage entgegengenommen. Bei den Neu- und Ersatzwahlen des Vorstandes wurden Oberbürgermeister Voigt (Frankfurt) und Bürgermeister Schüb (Oberlahnstein) wiedergewählt.

Dann hielt Stadtrat Dr. Köhler (Frankfurt) einen kurzen Vortrag über die Krieg- und Proviantversorgung. Der Vortragsstoff mit der Kriegsgüter-Gesellschaft (KG) war ein zufriedenstellender. Die Lieferungen sind prompt erfolgt. Nur in Bezug auf die Qualität wurden öfter Klagen laut. Das Mehl war zu ausgemahlen. Auf erhobene Beschwerden wurde besseres Mehl geliefert. Ein Mangel ist, daß das Mehl nicht aus den eigenen Bezirken genommen wird. Wir haben jetzt mit 50 Mühlen zu tun; daher auch die Veredelbarkeit des Mehls. Dabei ist zu beachten, daß die KG Mehl nicht zurücknimmt. Da dessen Nassau genug Mehl für den eigenen Konsum produziert, wäre zu erwägen, daß wir unser Mehl aus dem eigenen Bezirk nehmen dürfen. Ebenso sollte noch etwas mehr Entgegenkommen in der Herstellung der Ausgabemenge gesichert werden. Im weiteren sei zu wünschen, daß die beschlagnahmten Mehle aus dem Bezirk verschwinden, denn dadurch werde die Kontrolle erschwert und gewissenlosen Söldnern die Möglichkeit gegeben, sich über die Bestimmungen der Höchstpreise hinwegzusetzen und wucherische Preise zu nehmen. Der Verkehr mit den umliegenden Kommunalverbänden hat sich zufriedenstellend geregelt; nur mit dem Hanauer Kreis war keine Verständigung zu erzielen, deshalb wurde der Verkehr abgebrochen. Dr. Köhler geht dann des näheren auf die Regelung der Proviantversorgung in Frankfurt ein, die den Vortag der größeren Einfachheit gegenüber dem Berliner System habe. Wo die jetzige Proviantversorgung nicht ausreicht, werden Zusatzscheine ausgeben, und zwar erhalten solche Scheine schwerer arbeitende Personen, Arbeiter über 15 Jahre, die die Woche über hier sind und Familien mit Kindern im entwicklungsfähigen Alter. Von der Einführung einer Reichsbrotkarte spricht sich der Redner nicht viel. Ueberflüssig ist man die ganze Aktion, so kann man sagen; die getroffenen Maßnahmen haben sich glatt und ruhig abgewandelt und das Publikum hat sich rasch mit ihnen abgefunden.

Zweiter Referent war Bürgermeister Schüb (Oberlahnstein). Er erläuterte zunächst einen Antrag der Stadt Camberg, der wünscht, daß auch kleineren Gemeinden das Recht der Mehlversorgung überlassen wird. Im übrigen tritt er dafür ein, daß die Städte mehr zu den Besprechungen derartiger Maßnahmen zugezogen werden, daß man nicht alles den Kreisverbänden überlasse. Von den Kleinmüllern ist der Wunsch geäußert worden, ebenfalls zum Mehl herangezogen zu werden. Er hält diesen Wunsch für berechtigt und erfüllbar. Eine Hauptfrage sei die zu gering bemessene Provmenge, namentlich für schwer arbeitende Personen; hier müsse noch etwas getan werden. Seine Ausführungen gipfeln in einigen Wünschen, die dem Vorstand des Städtetages mit auf den Weg gegeben werden sollen. Sie gehen dahin, daß die Kommunalverbände ihres Bezirkes bei der Festsetzung der Preise mehr als bisher gehört und zu Rate gezogen, daß die Preise möglichst niedrig gehalten und daß die Kreisverbände bei Regelung der Mehlpreise den Gemeinden das Verfügungsrecht über erhaltene Mehlmengen belassen werden, damit diese Mehlmengen als Zusatzrationen verwendet werden können.

In der kurzen Debatte kam die allgemeine Zufriedenheit über die Mehlregelung zum Ausdruck.

Beigeordneter Römer (Wiesbaden) sprach dann über „Die Verwertung der von den Städten angekauften Lebensmittel“. Die größten Schwierigkeiten machen den Gemeinden die Kartoffelvorräte. Wie werden die jetzt zum Vorschein kommenden großen Kartoffelmengen am zweckmäßigsten verwertet? Man spricht von 8 Millionen Zentnern. Das Kartoffelfeld ist nicht möglich, da die Regierung alle Kartoffelfeldanlagen für ihre Zwecke mit Beschlag belegt hat. Deshalb wäre die Frage zu erörtern, ob man die Kartoffeln nicht als Streckungsmittel für Brot verwenden könnte. Um den Vätern die Abnahme der Kartoffeln zu erleichtern, lasse die Stadt Wiesbaden sie mit Maschinen schälen und zu Mören verarbeiten. Der Zentner werde mit 8,50 Mark verkauft. Mit dem Aufkauf der Fleischwaren habe man im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht. Die Frage, ob man die Dauerware jetzt verkaufen oder ob man damit bis zum Winter warten solle, hänge davon ab: haben wir im Winter wieder mehr Fleisch zu erwarten, oder wird die Fleischnot weiter bestehen? Bezüglich des Verkaufs von Geflügel sollten die Gemeinden darauf achten, daß es in solche Hände kommt, die es am nötigsten brauchen. Deshalb strengere Kontrolle der Händler, die es verkaufen. Im weiteren muß darauf geachtet werden, daß es sachgemäß behandelt wird, damit das Fleisch nicht diskreditiert wird.

In der Debatte, die sich zunächst auf die Kartoffeln bezog, wurde angeregt, die Kartoffeln vornehmlich an die Kriegserkrankten als Teil der Unterstützung zu geben. Ueber die Kartoffelvergabe im kommenden Winter gingen die Meinungen sehr auseinander, ebenso über die Kartoffelschälmittel.

Stadtrat Rebach (Frankfurt) verbreitete sich über die in Frankfurt getroffenen Maßnahmen der Fleischversorgung. Er glaubt an kein Fallen der Schweinefleischpreise in der nächsten Zeit. Von verschiedenen Vertretern der ländlichen Kreise wurde es als bedenklich bezeichnet, jetzt noch mehr Schweine abzuschlachten, zumal die Aufzucht wegen der Teuerung der Ferkel sehr schwierig sei. Deshalb sei es auch wünschenswert, daß die Ferkel zur Schweineaufzucht freigegeben werde.

Der nächste Punkt betraf die Lederpreise, über die sich Stadtkonferenzpräsident Dr. Weis (Höchst) des näheren verbreitete. Durch die hohen Lederpreise würden besonders die kleinen Leute hart betroffen, deshalb sei man darauf verfallen, Polyschuhe an Stelle der teureren Lederschuhe zu kaufen. Er zeigt einen solchen Kinderhochschuh, von dem das Paar 8 Mark kostet. Im weiteren empfiehlt er im Sommer das Verschicken zur Schule.

Stadtrat Dr. Boell (Frankfurt) und Apotheker Dr. Mühlger (Gomburg b. d. S.) besprachen dann die Veräte- und Apothekernot. Eine Umfrage habe ergeben, daß von einer Aerglenot infolge des Krieges nicht gesprochen werden könne. Dagegen schildert Dr. Mühlger die Verhältnisse im Apothekenhandel als ziemlich trostlos. Es sei ein so großer Mangel an Personal, daß in manchen Städten von einer Kalamität gesprochen werden

könne. Einzelne Apotheken müßten geschlossen werden. Deshalb befürwortet er größere Berücksichtigung bei Freistellung von militärisch-pflichtigen Apothekern.

Der nächste Punkt betraf die Amtsbezeichnungen für die im Felde zu Offizieren beförderungsfähigen städtischen Beamten, über den kurz Oberbürgermeister Voigt (Wiesbaden) referierte. Die Kommunalverwaltungen sollten von vornherein der Titelmehr entgegenwirken, die sich nach dem Kriege bei Reserveoffizieren und Militärärzten bemerkbar machen wird. Nur einen Mangel wünscht er beseitigt: daß die Städte mit Polizeiverwaltung ihre Polizeibeamten nicht Polizeigeorgenen Schutzleute nennen dürfen. Vom Städtetag soll dieser Wunsch bei der Regierung unterstellt werden.

Dann hielt Stadtrat Prof. Dr. Vleischer (Frankfurt) einen kurzen, aber instruktiven Vortrag über: „Einheitliche Festsetzung der Tilgungssätze für Stadtanleihen für Kriegszwecke“. Seine Vorschläge gipfeln darin, daß Steuerentlastungen nicht auf Anleihen genommen werden dürfen. Vorläufig solle man auch keine Tilgung der Kriegsanleihen vornehmen, bis wir ein klareres Bild haben. Für die spätere Steuerentlastung brauchen wir Ruhe. Im übrigen wünscht er, daß die Sparkassen der kommunalen Finanzverwaltung für Kriegszwecke mehr dienstbar gemacht werden; ebenso die Mittel der Landesversicherungsanstalten.

Das letzte Referat betraf die Ruhegehälter und Pensionen der Versorgung der noch nicht versorgungsberechtigten städtischen Angestellten, die im Kriege gefallen oder dienstunfähig geworden sind. Beigeordneter Römer (Wiesbaden) empfiehlt liberale Behandlung solcher Fälle, und das gleiche tat Oberbürgermeister Voigt (Wiesbaden).

Zum Schluß gab Stadtrat Dr. Ziehen noch einige Ausführungen über die Behandlung der Einjährigen-Prüfungen am Ritterschule.

Um 2½ Uhr war die reiche Tagesordnung erledigt. Man kann dem Oberbürgermeister Voigt darin beifügen, daß diese Tagung sich durch die Erörterung einer Reihe sehr wichtiger Fragen auszeichnete. Aus der Mitte der Versammlung wurde deshalb auch der Wunsch laut, bald wieder eine solche Besprechung stattfinden zu lassen.

Die Maul- und Klauenseuche ist im Regierungsbezirk in besorgniserregender Zunahme begriffen. Der Grund dafür wird von sachverständiger Seite in der überaus großen Zahl von Ferkeln gesehen, die von fremden Märkten zugeführt werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Händler Kontrollbücher bei sich führen müssen, aus denen zu ersehen ist, daß die Tiere tierärztlich untersucht sind. Hauptächlich misset zurzeit die Seuche in den Kreisen Oberwesterwald, Lahn, Unterlahn, Siebenkopf.

Zeit langer Zwischenpause wieder einmal Petroleum in Wiesbaden. Nachdem Monate hindurch kein Tropfen Petroleum nach Wiesbaden gekommen war, hatte vor kurzem die Geschäftsleitung des hiesigen Konsumvereins den Versuch gemacht, für die städtische noch Petroleum verlangenden Mitglieder solches zu beschaffen. Nach manchen vergeblichen Versuchen hatte sie sich zuletzt an das Rumänische Petroleum-Syndikat gewandt, und es war ihr auch gelungen, einen Wagon zu erhalten. Leider war der Preis kein wohlfeiler. Das Petroleum kostete, während früher der Preis 19½ Pf. betrug, 60 Pf. das Liter und wurde auch zu diesem Preise abgegeben. Nichtsdestoweniger war der ganze Vorrat in Sandumdrücken vergriffen. Zurzeit scheint Aussicht vorhanden zu sein, von Domburg Petroleum zu wohlfeilerem Preise zu erhalten. Erweist sich aber diese Annahme als trügerisch, so will der Konsumverein, wie wir zuverlässig hören, weiter aus Rumänien beziehen, um dem dringenden Bedürfnis gerecht zu werden.

Höchst, höchst bemerkenswert. Eine Zuckerrübenfabrik — so schreibt das „Wiesb. Ztbl.“ — die früher jedes Jahr nur 5 Prozent Dividende verteilte, zahlt dieses Jahr 20 Prozent. Das und Gut, Blut und Leben opfern, plötzlich 21 Prozent. Kolossale Gewinne steden einzelne Betriebe während der Kriegszeit ein. So erzielten die Rheinmühlwerke in Mannheim, die mit nur 500 000 Mark Kapital arbeiten, dieses Jahr 475 000 Mark Reingewinn.

Ein Lebensmörder. Ein Krankenwärter aus Darmstadt, der Urlaub nach Mainz erhalten sollte, hat seiner in Mainz in der Schusterstraße wohnenden Frau von hier aus geschrieben, daß er beabsichtige, sich das Leben zu nehmen und daß seine Leiche in der Gemarkung Sonnenberg in einem näher bezeichneten Stornacker zu finden sei. Dort hat man sie jedoch nicht gefunden; die Nachforschungen nach dem Verbleib des Mannes sind bis zur Stunde erfolglos geblieben. Er ist 1,60 Meter groß, trägt grauen Anzug mit dünnen grünen Streifen, schwarzen Hut, gelbe Schuhe und hat einen kräftigen, blonden Schnurrbart. Wichtige Mitteilungen über den Verbleib des Mannes sind an die Wiesbadener Polizei zu richten.

Obst als Feldpostsendungen. Frisches Obst, insbesondere Erdbeeren und Kirschen, darf in Rappelsbach mit der Feldpost nicht verschickt werden, weil die Früchte schon nach kurzer Feldpostdauer Feuchtigkeit absorbieren, wodurch andere Sendungen beschädigt werden. Die Befriedigung ist nur in sicher verschlossenen Blechbehältern zulässig. Am besten wird von der Befriedigung überhaupt abgesehen, weil keine Gewähr besteht, daß die Früchte in gutem Zustande ankommen.

Beschlagnahme von Acker- und Feldbohnen. Acker- und Feldbohnen (heilen und gequetschten) sind auch die Acker- und Feldbohnen-Borste für das Kriegsmaterial beschlagnahmt und von den Besitzern und Lagerhaltern der Borste binnen drei Tagen bei der stellvertretenden Intendantur des 18. Armee-Korps anzumelden.

Reisen nach Belgien. Das Stellvertretende Generalkommando des 18. Armee-Korps teilt mit: Das Generalgouvernement in Belgien weist darauf hin, daß von den Polizeipräsidenten, Landrats- oder Kreisämtern ausgestellte Reisepässe lediglich als ein „Personalausweis“ anzusehen sind, nicht aber zur Reise nach Belgien ermächtigen. In diesem Sinne ist vielmehr bei dem zuständigen Stellvertretenden Generalkommando ein „besonderer Passierschein“ zu beantragen.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Geisenheim, 26. Juni. (Stadtkonferenzbericht) In der Gasordnung von Geisenheim ist der Preis für Gas nicht angegeben beziehungsweise festgelegt. Auf dem Wege des Zwangsverwaltungsverfahrens können Gasforderungen der Stadt deshalb nicht eingetrieben werden. Der Magistrat machte nun den Vorschlag, als Einheitspreis für Gas zu Licht, Brenn- und Kraftzwecken 16 Pf. anzugeben. Die Stadtkonferenz war damit einverstanden. — Für den verstorbenen Magistratskassier Burgeff wurde von der Stadtkonferenzversammlung Herr Karl Klein zum Magistratskassier gewählt. — Die vorige Stadtkonferenz-Sitzung verhandelte bereits darüber, daß in diesem Jahre die

Schuldentilgung für die von der Stadt aufgenommenen Kapitalien ausgesetzt werden solle. Der Regierungspräsident erklärte nun in einem Schreiben dazu, daß ein besonderer Antrag eingereicht werden müsse und zudem eine besondere Beschlußfassung der städtischen Körperschaften nötig sei. Der Magistrat faßte darauf den Beschluß, wegen der Kriegslage und der dadurch entstandenen außerordentlichen Ausgaben und in Rücksicht auf die in diesem Jahre nötige Steuererhöhung von der Tilgung der städtischen Schuldkapitalien in diesem Jahre abzusehen. Diefem Beschluß stimmte die Stadtkonferenzversammlung einstimmig zu.

Aus den umliegenden Kreisen.

Mord- und Selbstmordversuch in Eberstadt.

Zu dem Aufsehen erregenden Mordversuch, über den wir noch in einem Teil der Auflage der „Volksstimme“ am Samstag berichten konnten, hat sich, wie wir erfahren, noch ein Selbstmordversuch gesellt. Frau Wwe. Mertching, die den Mordversuch ausführte, ist in Darmstadt geboren und hat das von ihrem Manne betriebene Drengler- und Installationsgeschäft einige Zeit, nachdem sie Witwe geworden, mit der nicht überlasteten Anwesen an ihren Nachfolger verkauft. Sie wohnte dann noch einige Jahre als Privatier in Darmstadt in Miete. Vor ungefähr 6 Jahren, als ihr Sohn, der als Steuermann auf der Handelsflotte fuhr, wegen angegriffener Gesundheit seinen Beruf aufgab und ein Mädchen aus der Umgebung Hamburgs heiratete, kaufte Frau Mertching auf einem Grundstück zwischen der Billenkolonie und dem Dorf Eberstadt an der alten Eberstädter Straße eine einfache Villa (Villa Emma genannt), in die nun beide Familien gemeinsam zogen. Der junge Mertching nahm Stellung in einer hiesigen großen chemischen Fabrik. Er war aber immer fränklich und starb im Februar d. J. Die junge Witwe klappte aber sehr bald Beziehungen zu einem noch nicht lange geschiedenen Darmstädter Maurermeister an, die von der alten Frau, als sie zu intim wurden, wiederholt mißbilligt wurden und öfter zu Streitigkeiten führten. Sie wollte das Andenken an ihren noch nicht lange verstorbenen Sohn gewahrt wissen und erblickte, nach verschiedenen Äußerungen zu schließen, in der bald zu erwartenden Hochzeit weitere Schwierigkeiten. Dies alles scheint der sehr energischen alten Frau den Gedanken nahe gebracht zu haben, werft die junge Frau und dann sich zu beseitigen. Sie überfiel in der Nacht zum Samstag die junge Frau und brachte ihr mit einem Schraubenschlüssel verschiedene Schläge am Kopfe bei. Die Ueberfallene wehrte sich zunächst energisch. Es kam nochmals zum Kampf zwischen beiden, bis das Dienstmädchen durch die Lärmschreie herbeikam und sie auseinanderriß, worauf die Ueberfallene ohnmächtig wurde. Der Arzt konnte lebensgefährliche Verwundungen bisher nicht feststellen. Die alte Frau Mertching hatte zwei Briefe an einen Schreiner sowie an die Bürgermeisterin geschrieben, in welchen sie bat, an der Seite ihres Mannes in Darmstadt begraben zu werden. Sie versuchte sich dann zu erhängen, wurde aber durch das Dienstmädchen verhindert. Sie ging dann von zu Hause weg und wurde erst am anderen Tage festgenommen. Wie wir hören, hatte der verstorbene Sohn seiner Frau das Andenken vertrieben; die Mutter hatte nur den freien Sitz im Sofa. Ueberall hat die alte Frau in großer Erregung über diese beinlichen Familienverhältnisse gehandelt. Die Ehe des Sohnes war kinderlos, doch ist ein außereheliches Kind der jungen Frau vorhanden.

Oberursel, 27. Juni. (Weiter Konkurs.) Zu dem Konkurs über den Kaufmann August Sauer sind bei 57 113 Mark nicht beborrechtigten und 194 Mark beborrechtigten Forderungen insgesamt 8000 Mark zur Verteilung verfügbar.

Königsstein, 28. Juni. (Gutes Geschäft.) Sein in der Mönchstrasse belegenes Wohnhaus hat Geh. Justizrat Scheele durch Vermittlung der Frau Gerner-Geslein an Herrn Dr. Sordheimer in Frankfurt für 75 000 Mark verkauft. Für die Ariezeit ein ganz anständiger Preis.

Königsstein, 28. Juni. (Berichtigung.) In den Ausführungen in Nr. 145 der „Volksstimme“ unter Königsstein, „Berichtigung“ betitelt, sendet uns die Firma M. Kapp jr. (Frankfurt am Main) folgende Berichtigung mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu: „Richtig ist, daß ich 8 Pfennig Arbeitslohn pro Sandbad bezahle und eine Arbeiterin täglich 3 Mark bis 3,80 Mark verdienen kann, wie aus meinen Büchern hervorgeht. Nicht richtig ist, daß ich 20 bis 25 Pfennig am Sad verdiene, wie ich ebenfalls aus meinen Büchern nachweisen kann.“ Dazu ist zu bemerken, daß die Firma in ihrer „Berichtigung“ eigentlich alles zugibt, was wir kritisiert haben, denn wir haben nicht behauptet, daß sie 20 bis 25 Pfennig an jedem Sad verdiene. Vielmehr hieß es in unserer Notiz: „Die Firma M. Kapp jr. hat für die Veredelung der Lieferung von Sandbädern übernommen und erhält hierfür pro Stück 20 bis 30 Pfennig, die armen Arbeiterinnen erhalten für die Arbeit nur 8 Pfennig und müssen obendrein noch das Sack stellen. Dabei wird auch noch Abgabe gefordert, daß man sie oft 2 bis 3 Stunden warten läßt, bevor ihnen die fertige Arbeit abgenommen wird.“ Auf die letzte Beschwerde reagiert die Firma überhaupt nicht. Warum wohl?

Hornau i. L., 28. Juni. (Gemeindevertretersitzung.) Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich mit einer Rechnung des Architekten S. über 450 Mark für Herstellung einer Kleinstskizze für einen Fluchlinienplan, die der Vertretung und dem Gemeindevorstand zu hoch erschien. Sie beschloß, dem Herrn 100 Mark zu zahlen. Nach Erledigung der Tagesordnung fragte der Genosse Herrmann an, wie die Sache mit der Verpachtung der Jagd stehe, da doch der Pachtvertrag am 1. Juli ablaufe. Der Herr Bürgermeister erklärte, daß die Bedingungen, unter welchen die Verpachtung der Jagd erfolgen soll, vom 21. Juni bis zum 8. Juli 1915 zur Einsicht auf dem Bürgermeisterei-Bureau während der Dienststunden von 10 bis 12 Uhr vormittags Angenehmer Dienst. D. V.) ausgelegt sei. Herrmann hielt die Bestimmung, wonach nur der Herr Jagdvorsteher das Recht hat, die Jagd zu verpachten, für ein Unrecht und ersuchte, doch die Gemeindeverwaltung mitwirken zu lassen, wenn auch formell der Vertrag nur vom Vorsteher unterzeichnet werden müsse. Jedenfalls sei die Sache auch so vom Gesetzgeber gedacht. Ein Vorschlag des Vertreters Stephan, die Jagd in der „Frankf. Ztg.“ auszusprechen zu lassen, wurde aufweichend behandelt, obwohl alle sonstigen Anwesenden, außer dem Bürgermeister, in diesem Punkte einer Meinung waren. Genosse Herrmann ersuchte

nachmals, seinen Wunsch zu erfüllen, denn wenn der Bürgermeister die Verantwortung allein übernehme, könne man es den Leuten nicht verdenken, wenn sie sagen, die Stadt würde an denjenigen verpachtet, der dem Bürgermeister das meiste gebe und nicht, wer der Gemeinde den höchsten Preis zahle. Vor diesem Verdacht müsse sich der Bürgermeister hüten, indem er die Gemeindefürsorge mitwirken lasse, soweit dies möglich sei.

Anspach i. L., 27. Juni. (Gemeindevertretung.) Gestern Abend waren nach langer Unterbrechung die Gemeindevertreter wieder zu einer Sitzung zusammenberufen, die anfänglich beschlußunfähig zu bleiben schien, später aber durch nochmalige Einlösung einzelner Vertreter, die das Gewitter abgesehrt hatte, beschlußfähig wurde. Der Bürgermeister gab kund, daß die ins Endlose sich belaufenden Staatsunterstützungen eine neue Anleihe bedingten und schlug eine solche in Höhe von 12.000 Mark bei der hiesigen Spar- und Leihkasse zum Zinsfuß von 4½ Prozent vor. Die Gemeindevertretung beschloß eine solche in Höhe von 15.000 Mark. (Staatlich unterstützt werden in unserer Gemeinde zurzeit rund 300 Familien. D. B.) Der Landrat des Kreises Hungen hat im amtlichen Teil des „Hungen Kreisblattes“ darauf hingewiesen, daß ihm eröffnet worden sei, daß Antenne mit Verdrängung aus der Front zu den bevorstehenden Erntearbeiten keine Aussicht auf Erfolg hätten und deshalb von ihm nicht mehr weitergegeben werden könnten. Als Ersatz für die im Felde stehenden landwirtschaftlichen Arbeiter empfiehlt der Landrat das Engagement von Kriegsgefangenen. Die hiesige Gemeindevertretung lehnt das Engagement von Kriegsgefangenen zur Erntearbeit einstimmig ab, da nach ihrer Ansicht die Einbringung der Ernte nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse voraussichtlich ohne Gefangenenhilfe sichergestellt ist. Das Anfahren der noch fehlenden Decksteine am Müllerwege soll am Dienstag auf Kosten der säumigen Fahrer versteigert werden. Lebhafte Beschwerden wurden von seiten einzelner Gemeindevertreter über die Verrohung der schulentlassenen Jugend geführt und den Polizeibehörden anheimgestellt, mit exemplarischen Strafen einzuschreiten. (Das heißt, das Pferd beim Schwanz aufgezaunt! Red. d. B.) Genosse Becker führte noch Beschwerde über den Zustand des Trottoirs nach der Wahn, das durch die darauf lagernden Steine unpassierbar sei. Er forderte Beseitigung der Steine. Die Gemeindevertretung konnte sich hierzu nicht entschließen, stand zum größten Teil vielmehr auf dem Standpunkt des Bürgermeisters, daß durch etwa einfallenden Regen dieser Umstand beseitigt werden würde, indem die Steine in den Boden getreten würden.

Hungen i. L., 27. Juni. (Die Raul- und Klauenfeuche) ist, nachdem sie in hiesiger Stadt in einem weiteren Geschäft festgestellt wurde, nunmehr auch in Anspach i. L. ausgebrochen, und zwar bisher in einem Geschäft.

Friedenheim, 27. Juni. (Verbesserte Kriegsfürsorge) steht auf der Tagesordnung der nächsten Gemeindevertretung. In der ständigen Kommission für die Kriegsfürsorge ist von einigen Mitgliedern mit Recht auf die Notwendigkeit einer Reform der Unterstützungsfrage bei der Gemeindeunterstützung hingewiesen worden. Bei Ausbruch des Krieges mochten die festgelegten Sätze als ausreichend gelten; jetzt aber, bei der eminenten Teuerung, müssen sie als unzureichend erachtet werden. Auch ist bisher keine Rücksicht auf die Mietzahlung genommen worden, wie dies in Frankfurt und Offenbach geschieht. Finanzielle Bedenken dürfen bei der Entscheidung über eine erweiterte Gemeindeunterstützung nicht in Frage kommen. Die Familien der Kriegsteilnehmer müssen unbedingt möglichst zufriedengestellt werden. Das mögen unsere Gemeindeväter bei der Beratung der Angelegenheit in Betracht ziehen.

Hanan, 28. Juni. (Die Stadterordneten) treten Dienstag den 29. Juni, nachmittags 5 Uhr, zu einer Sitzung zusammen. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: 1. Neuere Herstellung verschiedener städtischer Gebäude, 2. Anträge der Verwaltungskommission der Sammelwaschmeisterei, 3. Anschluß des Grundstücks des Kunst- und Handelsgärtners Heinrich Ködiger, Schwindenstraße 5, an die städtische Gasleitung, 4. Feststellung der Rechnung der Entwässerungsanlage und Latrinengrubenentleerung für das Rechnungsjahr 1913. An die öffentliche wird sich eine geheime Sitzung anschließen.

Friedenheim, 27. Juni. (Unverständliche Sparbarkeit.) Am gestrigen Tag sind die Quartiergelder zur Auszahlung gekommen. Die Erwartung, daß auch hier, wie an anderen Orten, die Gemeinde einen Zuschuß zu dem ungenügenden Verpflegungssatz der Heeresverwaltung leisten würde, hat sich nicht erfüllt. Bedenkt man, daß bei dieser Einquartierung eine ganz erhebliche Zahl von wenig bemittelten Leuten mit geringem Einkommen als Quartiergeber in Betracht kommen, so bleibt diese Maßnahme unverständlich. Der Bürgermeister hat es auch in diesem Falle wieder einmal nicht für nötig gehalten, den Wünschen der interessierten Einwohner Rechnung zu tragen und die Sache vor das Forum der Gemeindevertretung zu bringen. Wenn an dieser Stelle auch nicht viel Einsicht und Entgegenkommen zu erwarten war, so hätte doch wenigstens ein Verlust gemacht werden müssen. Kein vernünftiger Mensch kann sich der Erkenntnis verschließen, daß 1.05 Mark Entschädigung für die tägliche volle Verpflegung eines Mannes bei den jetzigen Lebensmittelpreisen als unzureichend erachtet werden muß. Die Herren mit den großen Einkommen und der sonstigen kleinen Opferwilligkeit werden sich ja weniger über solche den kleinen Mann benachteiligende Sparbarkeit des Bürgermeisters aufregen.

Hanan, 28. Juni. (Achtung, Steuerzahler!) Die Zahlungsfrist für die Steuern und Schulden für das 2. Quartal 1915, sowie für die Kanalbeiträge des Rechnungsjahres 1914 läuft mit dem 5. Juli 1915 ab. — (Karteiverzeichnisse) der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind erschienen und auf dem Bureau der Kasse kostenlos zu haben.

Gelnhausen, 28. Juni. (Einquartierung.) Vom 1. bis 10. Juli erhält unsere Stadt 500 Mann Landsturmeute zur Einquartierung, die Anlage der Quartiere wird bald erfolgen. Wegen der Einberufung dieser Einwohner zum Heeresdienste muß auf die Leistungsfähigkeit der Familien derselben Rücksicht genommen werden, wodurch die Zahl der verfügbaren Quartiere erheblich eingeschränkt ist. Der Bürgermeister appelliert deshalb an die Opferwilligkeit der Bürger in der gegenwärtigen Zeit und erwartet, daß keinerlei Schwierigkeiten entstehen. Befreiung von der Quartierlast kann nur in den alleräußersten Notfällen erfolgen. — (Städtischer Kartoffelkauf.) Da die Bestimmungen auf Kartoffeln bei der Stadt nicht so zahlreich, wie erwartet, einkäufen, ruhe von dem beabsichtigten Ankauf eines Waggons Abstand genommen werden. Rummel steht die Stadt mit einer Firma wegen Lieferung eines Doppelwaggons guter Speisekartoffeln in Unterhandlung und wird in der Lage sein, die Kartoffeln zum Preise von 10 Mark

per Doppelzentner, vielleicht noch billiger, abzugeben. Bestellungen hierauf sind bis spätestens Mittwoch den 30. d. M. abends 6 Uhr, auf dem Bürgermeisteramt anzubringen.

Gösch i. L., 27. Juni. (Töblicher Anfall.) Bei Kanalarbeiten zog sich der Arbeiter Oga aus Gelsbach eine Gasvergiftung zu, der er nach einigen Stunden erlag.

Heppenheim, 28. Juni. (Leichenfund.) Hier wurde am Freitag die Leiche des etwa 20 Jahre alten Apothekers A. aus Vorch gefunden, der anscheinend an Vergiftung gestorben ist. Ermittlungen über die Ursache sind im Gange.

Aus Frankfurt a. M. Kartoffelüberschuß und doch unverschämte hohe Preise.

Von zwei hiesigen Bürgern wird uns geschrieben: Wir erlauben uns, im Namen mehrerer Bekannten einige Zeilen an Sie zu richten. Am Samstag wurde uns auf dem Markt am Römerplatz, besonders in der Fischhalle, von einem Kartoffelhändler in der Mitte der Halle für 10 Pfund Kartoffeln 1 Mark überlangt. Weiter unten stand einer, der sogar sage und schreibe 1.20 Mark für 10 Pfund verlangte. Im Verlaufe des Handels wollte er 10 Pfund für 1.10 Mark hergeben, aber nicht billiger. Sagt man etwas, lachen einem die Händler und Händlerinnen ins Gesicht. So ist es auch mit den Gemüsen. Warum wird von Seiten der Behörde nicht eingeschritten? Warum wird diesem Wucher nicht Einhalt geboten? Zu was haben wir eine Marktverwaltung? Der arme Mann leidet schwer unter diesem Wucher. Denn bei dieser Teuerung ist eine kinderreiche Familie doch auf Kartoffeln angewiesen. Aber bei den Preisen kann man sich auch dieses wichtige Nahrungsmittel bald nicht mehr leisten. Warum kann denn die Stadtverwaltung von Hanau und Gösch für ihre unbemittelte Bevölkerung sorgen, warum tut das Frankfurt nicht? Die oberen Beamtenschaft führen diese Preise nicht; aber wir, die wir die soner verdienten Pfennige duzendmal herumdrehen müssen, bevor sie ausgegeben werden, wir empfinden diese Teuerung sehr. Deshalb tut hier Abhilfe dringend not.

In einer anderen Zeitschrift heißt es: Als Abonnent der „Volkstimme“ verfolge ich genau die Vorgänge im Reichs- und Landtag. Immer wieder ist zu lesen, daß Kartoffeln und andere Lebensmittel genug vorhanden seien; das Volk solle durchhalten. Mit vollem Sattel und gutem Gehalt ist aut durchhalten. Wie steht es aber mit der breiten Masse? Seit Freitag laufe ich mir die Füße ab nach Kartoffeln, habe aber keine zu angemessenen Preisen bekommen. Im Konsumbereichen waren keine zu haben; ebenso wenig bei Wastach, (Schnurgasse), Schade & Küllarabe, Vatscha, Fröbling. So war ich gezwungen, in einem kleinen Geschäft für das Pfund Kartoffeln 10 Pfennig zu bezahlen. Dabei war die Hälfte faul und schwarz. Neue Kartoffeln mußte ich mit 16 Pfennig das Pfund bezahlen. Mein Haushalt besteht aus vier Personen: wir verbrauchen 4 Pfund Kartoffeln mittags und 4 Pfund am Abend. Da können Sie sich ausrechnen, wie einem zumute ist, wenn man einkauft.

Frau G.

Gasarbeiterforderungen.

Eine gutbesuchte Versammlung der Gasarbeiter, die am Freitag tagte, nahm einstimmig eine Resolution an, die besagt:

Die am 25. Juni abends 8 Uhr in den Henninger Sälen, Allerheiligenstraße 10/12, tagende Versammlung aller Gruppen der in den Werken der Frankfurter Gasgesellschaft beschäftigten Arbeiter stellt anerkennend fest, daß die Frankfurter Gasgesellschaft zu den ersten Firmen Frankfurts zähle, die mit Beginn der Teuerung ohne lautes Geknurre all ihren Beschäftigten eine Teuerungszulage bewilligte.

Seit diesem Zeitpunkt, den 1. März 1915, sind jedoch die Preise weiter gestiegen, und zwar in einer Weise, die vorher niemand ahnte. Dabei hat die Qualität vieler dieser wertvollen Waren so sehr gelitten, daß sie nur mit Widerwillen genossen werden können. Deswegen ist der Nährstoffgehalt gesunken. Dieser Mangel erzeugt ein hohes Gefühl des Unzufriedenheits, das insbesondere bei der schweren Arbeit in den Gasfabriken lähmend auf die Energie wirkt. Durch die Steigerung aller Lebensmittelpreise ist das gegenwärtige Einkommen unzureichend geworden, um dem Körper die Widerstandskraft gegenüber den hohen Anforderungen, welche die Arbeit an den Gesundheitszustand stellt, zu erhalten. Bei einem länger andauernden, verärgerten Zustand muß Krankheiten Tür und Tor geöffnet werden.

Die Versammlung weiß aber auch, daß alle kapitalistischen Betriebe ruinieren würden, wenn plötzlich die Arbeitslöhne in demselben Grade steigen müßten, in dem die Lebenshaltung gestiegen ist. Sie nimmt daher von derartigen Forderungen von vornherein Abstand und beschränkt sich darauf, der Gasgesellschaft die Bitte zu unterbreiten, die Teuerungszulage, die gegenwärtig 20 Pfennig pro Tag beträgt, auf 1 Mark pro Tag erhöhen zu wollen.

Die Versammlung beauftragt je einen Vertreter der drei Werke in Gemeinschaft mit dem Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter der Frankfurter Gasgesellschaft diese Bitte zu unterbreiten und der Arbeiterschaft über den Verlauf dieser Angelegenheit Bericht zu erstatten.

Zur Begründung dieser Resolution führte Genosse Beger aus, daß die Versammlung nicht den Zweck habe, sich in Vorwürfen gegen die Gasgesellschaft zu ergießen. Dazu läge kein Grund vor. Gewiß sei die am 1. März bewilligte Teuerungszulage von 20 Pfennigen pro Tag schon damals viel zu niedrig gewesen in Anbetracht der Teuerung. Aber die Zulage sei wenigstens ohne lautes Geknurre bewilligt worden. Durch die im März gewährte Teuerungszulage sei das Jahreseinkommen um 62.40 Mark erhöht worden. Gegenüber dieser Erhöhung ständen jedoch die Verringerungen durch den Fortfall der Prämie für Sonn-, Feiertags- und Überstundenarbeit, mit welcher sich bei Kriegsausbruch die Arbeiter in der Hoffnung eines baldigen Friedens einverstanden erklärt hätten. Diese Verringerungen seien für die Schichtarbeiter pro Jahr mit 100, für die Laternenputzer sogar mit 200 Mark zu veranschlagen. Die Laternenanzünder, die vor dem Kriege pro Woche 12.60 Mark verdienten und die eine Teuerungszulage nicht erhalten hätten, erhalten heute durch den Fortfall der 8. Tour nur noch 8.40 Mark. Es handele sich bei den Anzählern vornehmlich um Invaliden, die noch eine Nebenbeschäftigung ausübten, für welche aber die Arbeitslöhne erst recht nicht gestiegen wären. Der Einkommensrückgang durch die Gewährung der Teuerungszulage ständen also sehr erhebliche Lohnverringerungen gegenüber so daß man ruhig bei einer 50prozentigen Steigerung der Lebenshaltung von gleichbleibenden Löhnen sprechen müsse. Aber wir fordern keine Teuerungszulage in dieser Höhe, sondern eine Zulage, die im allerhöchsten Falle 25 Prozent des gegenwärtigen Lohnes ausmacht. Diese Forderung mag für den

ersten Augenblick verblüffen, in Wirklichkeit wird durch sie die Teuerung nicht ausgeglichen, sondern nur gemildert, das Sinken der Arbeiter in eine niedrigere Stufe der Lebenshaltung nicht aufgehalten, sondern nur verlangsamt.

In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß die Teuerung sich nicht allein auf Nahrungsmittel beschränke, sondern auch auf alle anderen Artikel übergreifen habe. Die Forderung von einer Erhöhung der gegenwärtigen Zulage um 80 Pfennig sei deswegen nur zu berechtigt und müsse mit allem Nachdruck vertreten werden.

Bluttag aus Eifersucht. Am Samstagvormittag hat der im Hause Schnurgasse 46 wohnende Landsturmman Aretter seine Ehefrau durch Messerliche derart schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit starb. Der Täter war erst zur Verbringung eines Urlaubs aus dem Felde heimgekehrt, hatte von hier aus aber die Frau fortgeführt durch seine Eifersucht in Briefen verfolgt und ihr auch wiederholt mit Scheidung gedroht. Trotzdem versorgte die Frau den Mann in der ausgiebigsten Weise von ihrem fargen Verdienst mit Liebesgaben. Wenige Stunden nach des Mannes Heimkehr kam es zwischen den Eheleuten zu schweren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Mann die Frau tötete. Der Mörder wurde verhaftet.

Einen interessanten Rechtsstreit um eine Baugenehmigung führte der Professor Deile gegen den Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. als Baupolizeibehörde. Deile wollte einen Anbau an sein Wohnhaus Ebersheimer Weg 16 vornehmen. Dieser Anbau sollte in der Vergrößerung eines Zimmers um 8 Quadratmeter bestehen. Der Magistrat als Baupolizei verweigerte die Baugenehmigung, indem er sich auf das Frankfurter Ortsstatut von 1876 bezog, welches ein Verbot gemäß § 12 des Baufluchtliniengesetzes ausspricht. Nach dem erwähnten § 12 des Baufluchtliniengesetzes kann durch Ortsstatut festgelegt werden, daß an Straßen oder Straßenteilen, welche nach nicht gemäß den baupolizeilichen Bestimmungen des Ortes für den öffentlichen Verkehr und Anbau fertig hergestellt sind, Wohngebäude, die nach diesen Straßen einen Ausgang haben, nicht errichtet werden dürfen. Der Magistrat ging davon aus, daß es sich beim Ebersheimer Weg um eine derartige Straße handle, für die das Bauverbot der Stadt Frankfurt gelte, nachdem Ebersheimer Weg in Frankfurt eingemeindet worden sei. Der Bezirksausschuß hob aber auf die Frage Deiles die die Baugenehmigung verweigende Verfügung der Baupolizei (Magistrat) auf. Der Bezirksausschuß nahm an, daß es sich bei dem Ebersheimer Weg um eine Straße handle, die zur Zeit der damals noch selbständigen Gemeinde Ebersheim ein ebenbürtiges Glied im Straßennetz der Gemeinde Ebersheim gewesen sei und damals von Ebersheim für den Anbau und Verkehr nach dem Ebersheimer Ortsrecht bestimmt gewesen sei. Wenn das aber der Fall sei, habe der Weg nicht mehr zu einer unfertigen Straße werden können, nachdem Ebersheim in Frankfurt eingemeindet worden war, wenn nicht auch der Ebersheimer Weg nicht dem Straßennetzprogramm der Stadt Frankfurt entspreche. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil, aber aus anderen Gründen. Die Frage, ob es sich um eine sogenannte historische Straße handle, wie der Bezirksausschuß annehme, könne dahingestellt bleiben. Denn es fehle die zweite Voraussetzung der Anwendbarkeit des § 12 des Baufluchtliniengesetzes und des entsprechenden ordnungstatutarischen Bauverbots, nämlich die Errichtung eines Wohnhauses, das nach dieser Straße einen Ausgang habe. Allerdings nehme das Oberverwaltungsgericht an, daß ein Anbau sich auch als Wohngebäude im Sinne des § 12 darstellen könne. Das sei aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß es sich um einen Anbau in einem gewissen erheblichen Umfange handle. Hier werde nur die Vergrößerung eines Zimmers um 12 Quadratmeter bezweckt. Deshalb könne man nicht annehmen, daß es sich um einen Anbau in einem gewissen erheblichen Umfange handle. Also handle es sich nicht um die Errichtung eines Wohngebäudes im Sinne des § 12. Darum sei die Baugenehmigung zu Unrecht verweigert worden.

Wettbewerbs „Bebauung Mainufer und Müllgasse“. Das Preisgericht zur Beurteilung der Entwürfe hat folgenden Kräftesten Preise zuerkannt: Müllgasse: 1. Preis Thriot, 2. Senf, 3. K. Mann; Mainufer: 1. Sedbach, 2. Ruck, 3. Bernoulli, 4. Wollmann, Rompel. Die Ausstellung der Entwürfe findet von Sonntag den 27. Juni ab bis einschließlich 10. Juli von 10 bis 6 Uhr in der Aula der Gewerbeschule, Rolffe-Allee, statt.

Neues aus aller Welt.

Ein Unfall Schwerins. Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Graf von Schwerin-Löwig, ist bei einem Automobilunfall verletzt worden. Das Auto des Grafen stieß unter den Linden mit einer Kraftdrohke zusammen. Graf von Schwerin schlug mit dem Kopf gegen die seitliche Fenster Scheibe seines Autos, die in Trümmer ging. Dabei erlitt der Graf an der rechten Schläfe und an der Stirn Kontusionen und eine kleine Schnittwunde. Es handelt sich um Verletzungen leichter Art.

Wetterverheerungen in Italien. Das „Echo de Paris“ meldet aus Turin: Ein heftiges Gewitter hat das Gebiet von Genua und ganz Ligurien verheert. Mehrere Eisenbahnbrücken sind eingestürzt. Die Verbindungen sind unterbrochen. Der Schaden ist sehr groß. Zahlreiche Personen sind ums Leben gekommen.

Telegramme.

Schwedische Gendarmerie in China.

Stockholm, 27. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) General Hjalmarson ist heute von Peking nach Stockholm zurückgekehrt, nachdem er die Verhandlungen mit der chinesischen Regierung über die Einrichtung einer schwedischen Gendarmerie in China abgeschlossen hat. Hjalmarson hat die Errichtung eines Gendarmeriekorps von 8000 Mann in der Provinz Hunan mit 20 Instruktionen vorgeschlagen, sowie die Schaffung eines Zentralbureaus in Peking mit einer Offiziers- und Unteroffizierschule mit 400 Schülern. Die Angelegenheit wird jetzt auf diplomatischem Wege zwischen der schwedischen und chinesischen Regierung weiter verfolgt.

Wiesbadener Theater.

Reigen- & Theater.

Gastspiele der Schauspielgesellschaft Nina Sandow.
Sonntag, 27. Juni, 7 Uhr: „Der Revisor“.
Montag, 28. Juni, 7 Uhr: „Der Kreuzknecht“.
Dienstag, 29. Juni, 7 Uhr: „Die Affäre“.
Mittwoch, 30. Juni, 7 Uhr: „Der Revisor“.
Donnerstag, 1. Juli, 7 Uhr (zum erstenmal): „Das Kind“.
Freitag, 2. Juli, 7 Uhr: „Sedba Gabel“.
Samstag, 3. Juli, 7 Uhr: „Das Kind“.
Sonntag, 4. Juli, 7 Uhr: „Der Kreuzknecht“.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden
Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.
Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Galt sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.